

Redebeitrag über rechte Netzwerke und NSU auf der Kundgebung „Den rechten Terror stoppen“ am 28.06.2019 in Duisburg

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,
liebe Passantinnen und Passanten,

der neuste faschistische Terror, der mit dem Tod endete, spielte sich vor drei Wochen in Hessen ab. Der CDU-Politiker Walter Lübke wird von dem Nazi Stephan E. mit einem Kopfschuss hingerichtet. Dass die hessische Polizei erstmal nicht von faschistischem Terror spricht ist kein Wunder, wenn man in die kürzere Vergangenheit blickt:

Die hessische Polizei steckt tief in Verstrickungen mit Nazis und hat ein Problem mit rechter Gewalt in eigenen Reihen. Erst vor einpaar Monaten haben hessische Polizisten Morddrohungen per Brief an die Anwältin einer Angehörigen eines NSU-Opfers schickt und diesen mit NSU 2.0 unterschieben.

Auch in Duisburg gibt es rechtsextreme Strukturen z.B. die Partei „Die Rechte“ die vermutlich auch Beziehungen zu der rechtsterroristischen Organisation Combat 18 pflegt. Und wir haben in den letzten Monaten in den Medien von vielen Fällen erfahren, die eine Verstrickung staatlicher Behörden mit rechtsterroristischen Strukturen aufzeigen. Sind das nur Einzelfälle? Wir denken keinesfalls. Etliche vergangene Beispiele zeigen, dass Staat und Nazis sich gerne die Hand geben.

Immer wieder zeigt sich ein Bild des Verfassungsschutzes mit verbundenem rechten Auge. Das der Staat den Feind auf linker Seite sieht und bekämpft, merkt man schnell, wenn man auf linke Proteste geht: Den Nazis wird die Straße frei geprügelt. Erst im Mai hat die faschistische Kleinstpartei „Die Rechte“ in Duisburg und Umgebung mehrere Demonstrationen organisiert, hier wurden ganze Städte mit Gittern abgeriegelt und zu einer Polizeifestung umgestaltet. Dieses riesige Aufgebot wurde für die 200 Nazis veranstaltet, während mehrere Tausend Menschen dagegen protestierten und teilweise von Polizeigewalt betroffen waren.

Dieses Beispiel von polizeilicher Taktik gegen antifaschistischen Protest bzw. für Nazis ist nur eines von vielen, dass die aktuelle Haltung von Staat gegenüber Nazis und Faschisten aufzeigt.



Diese Haltung verwundert kaum, blickt man in die Geschichte der BRD. Nach der Befreiung vom Faschismus gab es keine großartigen Veränderungen in den personellen Besetzungen der wichtigen Posten in Westdeutschland. Nazis, die vor 1945 in Machtpositionen waren, waren nach 45 wieder auf solchen Posten. Auch die Geschichte des Verfassungsschutzes ist ein reiner Skandal rechter Verstrickungen, Unterstützungsaktionen und eigenen rechten Aktivitäten. Egal ob die Gründung des Verfassungsschutzes betrachtet wird, bei der ehemalige NSDAP-Mitglieder die Leitung übernahmen oder die Verstrickungen in den NSU, der 12 Jahre in Deutschland mordete und faschistische Anschläge verübte. Historisch und aktuell zeigt sich ein klares Bild:

Ein Staat, der Nazis und Faschisten bekämpft sieht anders aus. Ein Interesse an konsequentem Antifaschismus hat der Staat nicht, bei oberflächlichen Aktionen gegen rechte Strukturen bleibt er stehen. Die faschistischen Netzwerke werden nicht aufgedeckt, geschweige den zerschlagen. Wenn faschistischer Terror an die Öffentlichkeit gerät, gibt es zwar kurz einen medialen Aufschrei, aber keine Reaktion, die tatsächlich etwas ändert. Wer erwartet, dass staatliche Strukturen etwas gegen Nazis und Faschisten tun, wird immer wieder aufs Neue enttäuscht. Diese bittere Erfahrung machen wir seit vielen Jahren.

Wer wirklich etwas gegen Nazis und Faschisten tun will, muss selbst aktiv werden, sich mit anderen zusammentun und den politischen Kampf überall da führen, wo sie auftreten – auf der Straße, in den Nachbarschaften, Parlamenten, im Betrieb oder in der Schule!

Rechter Terror kann nur gedeihen in einer Gesellschaft, in welcher der eine mehr wert ist, als der andere, in einer Gesellschaft, in der es immer normaler wird, dass gefordert wird, Menschen im Mittelmeer ersaufen zu lassen.

Daher liegt es an uns – an dir und mir! – schon im Kleinen konsequent gegen dieses rechte Klima vorzugehen. Doch das reicht uns nicht. Wir wollen nicht nur, dass alles bleibt, wie es ist, nur ein bisschen weniger rechts – nein. Wir alle sollten stets für mehr eintreten: eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und ohne einen Staat, der diese unmenschlichen Verhältnisse zementiert!

Es gibt viele Möglichkeiten sich in diese Richtung zu engagieren und zu organisieren. Hier in Duisburg machen wir das im **Offenen Antifaschistischen Treffen Duisburg**, in dem Proteste und Aktionen gegen Nazis geplant werden oder in anderen offenen Treffen im Solidarischen Stadtteilladen Ruhrort z.B. beim **Offenen Treffen Roter Stern**, der soziale Kämpfe unterstützt und organisiert, der den menschen- und umweltverachtenden Kapitalismus den Kampf angesagt hat.

Für alle, die auch die Schnauze voll haben und nicht mehr länger zuschauen wollen, wie alles schlimmer wird: Kommt vorbei, bringt euch ein. Die Treffen sind offen und partizipativ.

Nur organisiert können wir was verändern!
Alerta Antfascista!